

# Volksstimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg

the following sentence: "He has been sent to Spain and Portugal to see what the Spanish and Portuguese Engineers have done in the construction of the Canal." The author of the sentence is not mentioned.

The following is a list of the names of the members of the Board of Education, their terms of office, and the date of their election.

21e. 6.

Dresden, Dienstag den 9. Januar 1912

28 Schaus

# An die Arbeiter der chemischen Industrie.

Die sozialen Sicherungssysteme der einzelnen Staaten sind sehr unterschiedlich und es ist schwierig, eine einheitliche Bewertung zu geben. Einige Systeme sind besser als andere, aber es ist wichtig, dass sie alle auf die gleichen Prinzipien basieren: die Sicherung der sozialen Grundbedürfnisse der Bevölkerung, die Förderung der Arbeitsmarktpolitik und die Unterstützung der sozialen Entwicklung. Die sozialen Sicherungssysteme müssen daher nicht nur die sozialen Probleme abdecken, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Probleme berücksichtigen. Sie müssen die sozialen Probleme in einem sozialen Kontext verstehen und sie müssen die gesamtwirtschaftlichen Probleme in einem gesamtsozialen Kontext verstehen.

Die demokratischen Arbeiter sind wirtschaftlich zum großen Teil im Metallgewerbe gebracht (arbeiter organisiert), der Arbeit in den Betrieben haben einen enormen Aufschwung gezeitigt hat, die nun mehr follementisch mit der Lage der demokratischen Arbeiter in der ausgebauten Weise bestreit und betreibt ist, eine Arbeitserziehung für sie auf gesetzlicher Grundlage aufzubauen.

Das Elend der drentzigen Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage, die Notwendigkeit eines ausreichenden Arbeiter-  
sozialen Schutzes in unverblümter Weise zuerst der ver-  
storbenen Reichstagsabgeordnete Franz Joseph Ehrhart  
im Jahre 1892 in seiner Broschüre: „Die Zustände in der  
Badischen Anilin und Sodaefabrik“. Ferner beschäftigten  
sich eine Anzahl Gewerbebeamten fast unter Ausschluss

... eine angenehme Erholungsmöglichkeit für unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit den sich häufenden Gewerbebräusen, die für einige Betriebe, nachdem die häufigen Erkrankungen den Gesundheitszustand ganzer Orte bedrohten, Bundesratsverordnungen brachten. Das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion in den 90er Jahren, den 8stündigen Maximalarbeitsstag allgemein gesetzlich einzuführen, stieß auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien. Eine Umfrage ergab, daß die Gewerbe-Inspektoren für Einführung eines Maximalarbeitstags von acht Stunden in chemischen Fabriken erklärten, ja den sechsstündigen Maximalarbeitstag für Bleifarben-, Bleizucker-, Blei-azitit- und Nitrobenzolsfabriken vorschlugen. Wie wenig der Rat verständiger Meinten daran zu zwecken, ist aus

er hat ja überzeugender Beamten der Regierung gilt, beweisen die hente noch bestehenden langen Arbeitszeiten in der chemischen Industrie. Die berechtigten Vorschläge der Gewerbe-Inspektoren, eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen, scheiterten aber an der Macht der chemischen Unternehmer, die ihre Fäden bis in die höchsten Regierungsreize gesponnen haben. In den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie finden wir 1910 neben einer Unmasse von Bankdirektoren und Rechtsanwälten an Justizbeamten: Justizräte, Handelsrichter, Landrichter, Amtsgerichts- und Landgerichtsräte; dann sechs Geheimräte, sieben Geheime Regierungsräte, vier Geheime Bauräte, zwei Geheime Sanitätsräte, fünf Reichs- und kaiserliche Räte, 16 Bergräte und Bergassessoren, einen Landrat, zwei Bürgermeister, einen Hofrat, einen Oberbürgermeister, einen Hauptmann, einen Oberjägermeister, einen General, zwei Vizeadmirale, einen Konteradmiral, einen Admiral, einen Ministerialdirektor und drei Minister! Die Militärs, Berg- und Bauräte finden sich überwiegend nur in den Aufsichtsräten von Sprengstofffabriken. Das kennt man Aufsichtsratspolitik! Wie weit die Regierung den Wünschen der chemischen Unternehmer entgegenkommt, beweist der Ausspruch des verstorbenen Kommerzienrats Holtz auf der außerordentlichen Generalversammlung des Bundes der Industriellen im Jahre 1908. Er sagte:

Meine Herren, seit 30 Jahren ist unser Einfluss in allen Ministerien, in allen bundesstaatlichen Regierungen von Bedeutung gewesen; wir sind in allen wichtigen Fragen, auch solchen, die nicht bloß die chemische Industrie, sondern auch die Gesamtindustrie betrafen, immer ge-

In der letzten Legislaturperiode gaben 1907 einige von r sozialdemokratischen Fraktion zum Schutze der Glas-, Füttten- und Walzwerksarbeiter gestellten Anträge Anloß, auch der Arbeiter in Giftbetrieben zu gedenken. Das Zentrum operierte mit seiner Forderung, dem zehn Stunden-Maximalarbeitstag. Der Freisinnige Dr. Mugdan glaubte, nur den verbündeten Regierungen Gewissen reden zu müssen, damit sie endlich auf die Anregung der im Jahre 1904 in Basel abgehaltenen Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für sozialen Arbeiterschutz eingehen. Die gestellten Anträge

Die Befürworter der Staaten, die sofortigen Erfordernisse erfüllt und die Ergebnisse fortsetzen, werden von den Konsuln und den Parteien abgelehnt; Instrumente für die Resolutionen, die nach Ergebnissen über die Gefahr forderten.

Bei Beratung der Gewerbeordnungsnovelle im Jahr 1917 gab die sozialdemokratische Fraktion der bürgerlichen Parteien erneut Gelegenheit, für den so nett gemeinten Ertrag des chemischen Arbeiters etwas zu tun, indem sie von einem undrogen Marginalarbeitsfond für alle feinfaserliche Betriebe und für chemische Betriebe überhaupt forderte. Schon in den Kommissionsverhandlungen wurde der Antrag von den bürgerlichen Kommissionstümmlern niedergestimmt.

Am 12. März 1908, bei Beratung des "Luft- und färbende Farben-Akt", nahm Abgeordneter Wren die Befragung auf, denn Reichstag an Zahlen und Vermögen die Gefahr gewerblicher Vergiftungen in der chemischen Industrie nachzuweisen. Er betonte, dass diese Krankheiten noch ungenügend erforscht sind. Das Reich habe daher die Pflicht, eine staatliche Institution zu schaffen, die die Forschungen betreibt, vor allem sei aber eine sofortige Erhebung über die Betriebsgefahren in der chemischen Industrie notwendig.

Am 13. Februar 1909 nahm Genosse Brühne bei Bedeutung des Titels „Reichsgesundheitsamt“ Plakette der Regierung das Gewünschte zu hoffen. Er sagte: „Die Reichsgesundheitsamt solle sich einmal mit der Untersuchung der gesundheitlichen Zustände in chemischen Fabriken beschäftigen. Es haben sich so viel Uebelstände herausgestellt, daß Untersuchungen dringend notwendig wären.“ Darauf stimmte der Präsident des Gesundheitsamtes, Dr. Bunim, ein Voblied auf die deutsche chemische Industrie an. Es sei richtig, erklärte er, daß die chemischen Vergiftungen immer noch zahlreich sind, aber daß die chemische Industrie in ihren hygienischen Einrichtungen minderwertig sein soll, bedürfe erst noch des Beweises. Beweise und abermals Beweise fordert die Regierung, obgleich sie am besten in der Lage wäre, diese zu beschaffen!

Nachdem von der arbeiterfeindlichen Regierung im  
Juli durch alles Zureden nichts zu erreichen war, mußte  
er letzte Versuch unternommen werden, die Regierung zur  
Erhebung einer Statistik über die Gefahren der Arbeit in  
der chemischen Industrie durch Parlamentsbeschluß zu  
zwingen. Die sozialdemokratische Fraktion  
rachte bei Beratung des Titels „Statistisches Amt“ eine  
Resolution ein, die folgenden Wortlaut hatte und am  
1. März 1910 zur Beratung stand:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch den Beirat für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranstalten zu lassen über die Arbeitsverhältnisse der bei Herstellung von Säuren und Leersäure beschäftigten Arbeiter, insbesondere in den Abteilungen der Betriebe, in welchen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird.

- Die Untersuchungen sollen sich erfreuen:

  1. auf die Gefahren, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter in diesen Betrieben bestehen;
  2. darauf, wie oft die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden, mit Rücksicht auf gesundheitsschädliche Einwirkungen die Betriebsarbeit wechseln;
  3. auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der Arbeitsschichten und die Zahl der Doppelschichten;
  4. auf die Zahl der von den einzelnen Arbeitern geleisteten Überstunden, die Länge der Wechselschichten (wieviel 18-stündige, 24stündige, 36stündige Schichten von den Arbeitern genannter Betriebe geleistet werden müssen);
  5. inwiefern die Einführung eines sanitären Maximalarbeitstags (§ 120e der Gewerbeordnung) sowie sanitäre Vorschriften zum Schutze der Arbeiter durch Bundesratsverordnungen gehalten erscheint.

In wirkungsvoller Weise und an Hand eines ausreichenden Materials begründete Genosse Brey die Resolution. In seiner Rede gab er dem Reichstag auch die Anforderungen der Konferenz der chemischen Arbeiter in Frankfurt a. M. bekannt und ersuchte die bürgerlichen Abgeordneten um die Zustimmung zu ebiger Resolution. Das englombliche trat ein. Das Zentrum, das schon 1907 durch den Mund Dr. Fleischers die Wahl abgelehnt, folgte Erbitten einfach und auch für solche Erhebungen in späteren Jahren.

und Hüttenweisen stimmte, lehnte somit den Konseriativen und einem Teile der liberalen Abgeordneten die Resolution ab.

Im Jahre 1911 vollzog sich nun inföder ein Neufassung, als die Reichstagswahl in die Nähe gerückt waren. Im Monat März stand beim Titel „Neugesundheitsamt“ die Petition des Holzarbeiter-, Buchbinder- und Fabrikarbeiterverbandes, welche Erlass einer Bundesratsverordnung für die Zelluloidfabriken forderte, zur Beratung. Dieses Vorgehen nahm das Zentrum zum Anlaß, in einer Resolution das gleiche zu fordern. Dann ersuchte eine Zentrumspetition den Reichskanzler, dahn zu wirken, daß die ärztliche Anmeldung gewerblicher Vergiftungen zur Pflicht gemacht wird, während die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution einbrachte: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu erüthen, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, daß alle gewerblichen Vergiftungen, insbesondere solche, die bei Gewinnung und Verarbeitung von Teerabkömmlingen Arsen, Blei, Chlor, Chrom, Schwefel, Stoffstoffsverbindungen, Quecksilber und Phosphor vorkommen, einer ärztlichen Anmeldungspflicht unterstellt werden.“

Alle diese Resolutionen fanden Annahme, denn das Zentrum hatte besonders Grund dazu, sich bei seinen Wählern in die Erinnerung zu bringen.

Um Wiederkommen nichts werts. [Betr. Sozialdemokratische Fraktion für die Gifthüttenarbeiter, die eine gewerbliche Vergiftung erleiden, eine höhere Entschädigung als die magere Invalidenrente dadurch zu erhalten, daß sie solche Vergiftungen als Unfälle betrachtet wissen wollte. Tatsächlich haben sich Gelehrte wie Professor Lewin (Berlin) über Gewerbeleidheiten dahin geäußert, daß in einer sogenannten Langsamem (chronischen) Vergiftung, wie sie Gewerbeleidheiten darstellen, nichts andres, als das Endergebnis vieler einzelner Vergiftungen zu sehen ist, die sich in gewissen zeitlichen Abschnitten zugetragen haben. Der sozialdemokratische Zusatzantrag wurde abgelehnt. Die Kommission getraute sich jedoch nicht, die vergifteten Arbeiter leer ausgehen zu lassen, sondern schuf einen § 56a:

Durch Beschuß des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen.

Hier versuchte Genosse Stey die fautschaufelige Be-  
stimmung „fann“ durch „soll“ zu ersetzen. — Abgelehnt!

So haben die bürgerlichen Parteien den so notwendigen Arbeiterschutz der Arbeiter der chemischen Industrie mit Füßen getreten, sich dagegen nicht gescheut, durch Einführung der Bündholzsteuer die Bündwarenindustrie schwer zu schädigen. Die Produktion der Bündholzfärbriken ist um 50 Prozent zurückgegangen. Die Folge davon war, daß über 1000 Arbeiter direkt entlassen, Tausende bei verkürzter Arbeitszeit und fagem Lohn arbeiten, ja monatelang aussezen mußten. Als dann durch die sozialdemokratische Fraktion für die in ihrem Erwerb schwer geschädigten Bündholzarbeiter 100 000 Mark als Entschädigungssumme gefordert wurden, bekämpfte Erzberger die Unterstützung im Namen des schwarzblauen Blocks. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmten alle Parteien gegen die Entschädigung der Bündholzarbeiter.

Noch ist das Sündenregister der bürgerlichen Parteien gegenüber den chemischen Arbeitern nicht erschöpft. Es würde zu weit führen, alle Schandtaten hier aufzuzählen. Die wenigen Beispiele mögen genügen. Sie reichen vollständig hin, die chemischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben.

Arbeiter der chemischen Industrie! Der 12. Januar muß eure Antwort auf die Verhöhnung des chemischen Arbeiterschutzes bringen. Gebt deshalb nur solchen Kandidaten eure Stimme, die bereit sind, voll und ganz für einen schnellen und wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes für die Arbeiter der chemischen Industrie einzutreten. Das sind lediglich die sozialdemokratischen Kandidaten!



Mr. G.

Magdeburg, Dienstag den 9. Januar 1912

28. Jahrtausd.

# **Stadtkonzepte und Stadtgestaltung**

Es wäre ungetreit zu vertheidigen, daß auch die im  
Pflichten- und Rechtsschutz regelnden Handlungsmöglichkeiten die Fol-  
gen des Weißblattstoffs vom Jahre 1907 ebenso schilder-  
ten wie die Antireichen. „Hinzuwährt angesichts der  
ablaufenden Wahlperiode fünnen wir wohl ausrufen: Es  
ist eine Zeit zu leben!“ So meinte damals das Organ  
des Werbungs- und Ausbildungsbüros des Organisatorischen  
Amtes August 1910 über die „Eine tiefe Resignation  
der Hoffnungslöscher! hat sich in Teutschland der Ge-  
marter bemächtigt . . . Wenn wir, was uns naheliegt,  
auf die Sozialpolitik im Handelsgewerbe blicken, so fehlt  
es nicht an Zeichen der großen Arbeit der Verbände entsprechender  
Erfolge.“

Dem großen Mausche noch der Wahl war ein Nahen Janvier gefolgt. Die Handlungshilfen hatten geschehen wie bei der Reichsfinanzreform die Besitzenden ihren Geldbeutel zu schonen wußten; sie hatten erlebt, wie die Reichstagsmehrheit den besitzlosen Schichten der Bevölkerung — also auch den Handlungshilfen — neue indirekte Steuern auflasteten. Dabei warteten sie vergebens auf die gewünschten soziopolitischen Maßnahmen.

Es gibt heute noch keine gesetzliche Bestimmung, die die Arbeitszeit des Kontorpersonals beschränkt; die dahingehenden Vorschriften für das Verkaufspersonal sind durchaus ungenügend. Nach der Gewerbeordnung von 1891 darf jeder Handlungsgehilfe an jedem Sonntag 5 Stunden beschäftigt werden, wo inzwischen nicht durch Ortsgesetz eine Verbesserung erzielt worden ist. Die hygienischen Bestimmungen über die Arbeitsräume wie alle andern Schuhvorschriften stehen nur auf dem Papier, weil es keine amtliche Kontrolle gibt. Die Konkurrenzflaute, die dem Gehilfen verbietet, nach Beendigung des Dienstverhältnisses in bestimmten Konkurrenzgeschäften Stellung anzunehmen, ist gesetzlich noch immer als zulässig anerkannt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es Kaufmannsgerichte nur in Orten mit weit über 20 000 Einwohnern. Die Handlungsgehilfen anderer Orte sind auf einen langwierigen und daher für sie vielfach ungangbaren Rechtsweg der Amts- und Landgerichte angewiesen.

Eine ganze Reihe anderer Forderungen hatten die kaufmännischen Angestellten auf ihrem Wunschzettel. Sie sind alle unerfüllt geblieben! Dieses Ergebnis mußte von jedem, der nicht ganz und gar ein politischer Neuling war, vorausgesehen werden. Dafür nur ein Beispiel: Als im Juni 1905 im Kaiserlichen Statistischen Amt (Beirat für Arbeiterstatistik) über die Arbeitszeit des kaufmännischen Kontorpersonals beraten wurde, da erklärte, nach dem amtlichen Protokoll der Vertreter der konservativen Partei, Herr Pauli, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Festsetzung der Arbeitszeit sei. Und der Vertreter der freikonservativen Reichspartei, Herr Bauermeister, warnte gleichfalls vor der Einführung eines Sämtarbeitszeitgesetzes.

Diese Erklärungen, wie auch viele andre Vorfommnisse, hätten den Handlungsgeschäften zur Warnung dienen können. Viele Angestellte aber haben diese Mahnungen in den Wind geschlagen, und sie sind daher selbst mutschuldig daran, daß die letzte Sitzungsperiode des Reichstags in sozialpolitischer Beziehung so unfruchtbar geblieben ist.

Jetzt stehen die Reichstagswahlen wieder vor der Tür. Werden die Kaufmännischen Angestellten aus den letzten 5 Jahren die richtige Lehre ziehen, oder werden sie auf den „Versicherungsgesetz für Angestellte“ genannten Wahlkäfer anbeissen, den die Gehilfenfeindlichen Parteien ausgelegt haben? Bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung hat die Reichstagsmehrheit (Konservative, Zentrum und Liberale) die Gehilfeninteressen wieder mit führen getreten. Die „nationalen“ Parteien hatten die Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherungspflicht auf Angestellte mit mehr als 2000 Mark Gehalt abgelehnt; nur der kleinste

Zent bei Bandvertragsabschluss ein aufstellungsbedingtes  
Erfüllbarkeitsmaß ist Weise; spätestens bei dem Erreichen des  
Baudienstvertragsabschlusses ist die Weisung erlassen, als bei der  
letzten Dokumentation des Abschlusserreichens eine Angabe  
darin ist, ob ein Bauherd für Fortsetzungsbauung zuständig  
ist und ob die dort fortlaufende Bautätigkeit nicht  
schon schon abgeschlossen ist. Ein Informations-  
weiterleitung hat statt, in der Regel in den entstehenden  
Haushalten, bestimmt zu sein, die auf der Tafel  
benannt und dargestellt ist, so ist aus einer Abrede

Die Weisheitserkenntnis hat es abgelehnt, die Angestelltenverantwortung für die Betriebsangehörigen auszubauen. Sie wollte ein Sonderrecht erhalten, um die betrieblichen Arbeitnehmer davon auszuschließen; freilich mußten auch viele Betriebsangehörige, die sich nicht in gehobener Stellung befanden, paumt reduziert, von dem neuen Gehaltspauschalbetrag zu bleiben. Durch das Weisheitsgesetz für Angestellte wurden die Betriebspensionatoren als Erblassinstitute ausgelöscht. Da das Unternehmertum diese Betriebspensionatoren zum Teil auf eigene Kosten errichtet hatte, bringt das neue Gesetz für solche Unternehmer ganz keine neuen finanziellen Kosten. Die Erfahrung des Weisheitsgesetzes für Angestellte, zu dem die sozialdemokratischen Abgeordneten viele Verbesserungsanträge gestellt haben, bringt den Angestellten wegen der vorgeschriebenen Wartezeit auf Jahre hinaus noch keine Leistungen, sondern nur Zahlungspflichten.

Der konervative Abgeordnete Dr. Trödler sagte in der Reichstagsitzung vom 26. Oktober 1910, man solle das Versicherungsgesetz für Angestellte schaffen, um die Angestellten nicht der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Gleichzeitig warz Dr. Trödler der Fortschrittlichen Volkspartei vor, daß sie mit ihrer Anwerbulation über die Versicherung der Privatangestellten nur Stimmenfang unter den Angestellten zu treiben beabsichtigt habe. Aus dieser und ähnlichen Neuuerungen geht hervor, daß die Handlungsschärfen das Versicherungsgesetz für Angestellte im wesentlichen nur der Angst der „nationalen“ Parteien vor der Sozialdemokratie zu danken haben. Sollen die Angestellten, wie der biblische Esau sein Erstgeburtrecht für ein Zinsengericht verkauste, als Gegenleistung für das Versicherungsgesetz für Angestellte jetzt Vertreter solcher Parteien in den Reichstag wählen, die ihnen die Erfüllung aller an deren sozialpolitischen Wünsche verweiger haben? Nein, jetzt müssen erst recht Sozialdemokraten gewählt werden, damit das Versicherungsgesetz für Angestellte verbessert wird und damit der neue Reichstag den Angestellten endlich die Erfüllung ihrer sonstigen sozialpolitischen Forderungen bringt! —

# 25 Gründe für Liberalen zu wählen!

20. Grund. Die Liberalen bekämpften auch den Schutz der Kaufmännischen Angestellten.

Als die Sozialdemokraten im Jahre 1890 im Reichstag den Antrag stellten, die tägliche Arbeitszeit der Tugendlichen im Handelsgewerbe auf 8 Stunden zu beschränken, stimmten alle bürgerlichen Parteien, auch die Freisinnigen und natürlich auch die Nationalliberalen, gegen diesen Antrag.

Die Liberalen haben auch alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Durchführung der fau[m]änische[n] Sonntagsruhe zu verhindern. Sie lehnten nicht nur alle diesbezüglichen Anträge der Sozialdemokratie ab, sondern stimmten auch gegen den Antrag der beiden freisinnigen Abgeordneten Hirsch und Wöllmer, die lausitznische Sonntagsarbeit auf 3 Stunden, für offne Geschäfte auf 5 Stunden mit allgemeinem Geschäftsschluß um 3 Uhr nachmittags zu beschränken. Nur diesen Antrag stimmte i außer den beiden Antragstellern nur die Sozialdemokraten. Die übrigen Freisinnigen und die Nationalliberalen stimmten dagegen. Nach Verabschiedung des Gesetzes erklärte Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“, man hätte die Frage der Sonntagsruhe einer „späteren Erwagung“ vorbehalten sollen, damit nicht zuviel Neuerungen auf einmal geschafft würden. Selbst die staatliche Sozialpolitik arbeitet den

Nicht anders war es mit dem 9-Uhr-Vadenjchluß. Auch diesen befämpften die Freisinnigen heftig. Als bei Eugen Richter eine Deputation von Zigarrenhändlern erschien, um gegen die Einführung des 9-Uhr-Vadenjchluß vorstellig zu werden, erklärte der freisinnige Führer: Wenn der Vadenjchluß gesetz werden sollte, werde er alles aufbieten, um die

In der Berliner Stadtverordneten-Veranstaltung erklärte  
der freisinnige Ratsitzrat Meier einst gegen den Genossen Singer,  
der lebhaft für Schutz der Handlungshelfer eintrat, daß  
Folgende:

Solche Worte und Daten des Liberalismus sollten nicht bloß die Handlungsgehilfen merken, sondern auch alle anderen Freiheitler und Freiheitsamtige, die auf dessen gesetzlichen

Schiffbau Magdeburg

#### **Über zwei überlasse Verantwortungsra**

Eine gewitzige Dienstföhrerin füllte am Sonntagnachmittag vor dem Ausgang die Stationen mit Blattkärtchen. Jeder Kärtchenhalter holte sich nicht seine Karte, handelte vielmehr in vorzülicher Übereinstimmung mit der Dienstföhrerin, unter und auf Kosten einer umsonst bewilligten Wiederholungsklausur fragte, ob er den Kärtchenhalter bestimmen dürfe.

Der Herr Kronprinz war in questi das Welt. Er führte auf, daß der Zwecklosen Vereinigung, Cöllnische Regierung, befreidlichen habe, vor einer eignen Ressidatur abzufallen und den Sozialdemokraten sofort zu unterdrücken. Doch man uns deshalb nicht verständigter Regierung, laßt uns sehr, denn mit nichts ist ein geachteter Staatsmann geschlagen als mit ein Wörter überland, Religion und national. Sind etwa die Verionimungen Nobelt's doch national, weil sie mit einem Kaiserreich vereint seien? Vaterlandsliebe hat, wie kein Volk liebt. Eine Freiheit ist es, umfern, die auch das Wohl des Volkes und Vaterlandes fordern wollen, nationale Geistigung anzusprechen. Vichtige Punkte trennen uns Demokraten von Ihrer Partei. Das kommt aber für die nächste Legislaturperiode des Reichstags nicht in Frage. Wir tun hier nicht mehr als die Liberalen im Bayern und Baden. Man hat uns entgegen gehalten, daß in Brandenburg die Dinge ganz anders liegen; Herr Nobelt bezeichnet sich auch als liberal. Herr Nobelt hat sich im "Siegert" sehr gefehlt, hat besonders seinen Riech hervorgehoben und daß er Verdienste habe um die Freilegung der Ulrichstor-Passage. Als wenn es bei der Reichstagwahl auf solche Seichurmspolitik ankäme! Das ist ja lächerlich. So, man sagt jetzt, wenn Landsberg gewählt werde, würden die Minister nicht so gnädig gegen Plogdeburg sein. Sind das auch noch politische Gesichtspunkte? Auch Nobelt's liberale Karriere kann uns nicht bestechen. Denn der Liberalismus hat so viel gesündigt und versäumt, daß man ein umfangreiches Regulier zusammenbringen könnte. Auch ich bin über die Endziele der Sozialdemokratie anderer Meinung als Sie. Aber zu nun auch brauchen wir Lust und Licht in Deutschland, Ihr Endziel schreit uns nicht. Herr Nobelt bietet uns aber in andern Punkten auch keine Watanlie, z. B. in der Steuerfrage. Weitere Belastungen stehen uns in Aussicht, und auch Belastungen durch indirekte Steuern. Wir Demokraten halten aber die Werkzeugen der Völker für die größte Kriegsgefahr. Eine Versöhnung der Völker ist notwendig und möglich, und so wird ein Krieg vermieden. Kein Mensch wird verlangen, daß Deutschland allein abrüsset. Herr Nobelt aber will nur möglichst das Volk vor indirekten Szenen bewahren. Das ist eine schwammige Erklärung. Es handelt sich aber auch um die Erweiterung der Freiheit im Innern. Darauf fehlt es. Man muss endlich der reaktionären Zentralregierung der Schämen aufs Auge drücken, sonst wird's nicht wied. Mit Schämen notarize haben wir das Vertrauen, daß sie hier ethisch handeln wird. Viel ist zu tun: Ministerverantwortlichkeit, Ernennung der Minister durchs Parlament, Stärkung der Macht des Reichstags. Wird Herr Nobelt zu der Erreichung solcher modernen Forderungen, die in erster Linie im Interesse des Bürgertums selbst liegen, das Budget verweigern? Kein Mensch glaubt daran! Ein freiheitlicher Reichstag kann auch auf die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten wirken. Herr Nobelt geht solchen Fragen aus dem Wege. Lieber die Trennung von Staat und Kirche hat sich Herr Nobelt auch sehr vorsichtig ausgedrückt, und über das Motu proprio hat er sich noch immer gänzlich ausgeschwiegen.

Noch ein Wort an die Frauen! Die Partei, zu der Herr Nobelt die nächsten Beziehungen hat, sind nicht für die völlige politische Gleichberechtigung der Frau. Die Sozialdemokratie aber und die Demokraten sind dafür. Wer steht hinter Nobelt? Die Reichen, die Eatten, die "Vornehmen", die das Volk außerhalb der Wahlzeiten nicht kennen, die Wohltae en für die Arbeiter für genügend halten, ihnen Rechte ver sagen. (Lang andauernder Beifall.)

Genoße Laubberg

Die Herren von der Demokratischen Vereinigung werden keinen besondern Dank verlangen. Schon deshalb nicht, weil sie der Meinung sind, daß nicht einer Person, sondern der Freiheit am besten gedient ist durch meine Wahl. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß völlige politische Gleichberechtigung nicht möglich ist bei wirtschaftlicher Abhängigkeit. Darum halten wir am Endziel fest. Gemeinsam aber ist uns die Absicht, Deutschland umzuwandeln in ein Gemeinwesen, in der das Volk die Macht hat. Wir sehen es gern, wenn das Bürgertum demokratisch ist, desto eher ist der Sieg des Volkes gesichert. Herr Robelt hat im „Hoffjäger“ gesagt, daß auch ihm die Freiheit Leitstern sei. Dazu schloß der Liberalismus ein Bündnis mit den Konservativen. In allen Ländern ist das anders. Dort geht der Liberalismus mit der modernen Sozialdemokratie und stürzt Konservative und Klerikale. Bei uns gingen 1907 Liberales und Konservative Arm in Arm an die Wahlurne. Das Rätsel hatten die Liberalen verlernt, sie umkämpften die Konservativen. Das Volk mußte die Rechte bezahlen. Am Vereinsgesetz liegt die Frucht der liberal konservativen Vereinigung vor. Der Redner geht weiter das Sündenregister der Freimaurer durch.

Was bedeutet Marocco, für dessen Annexionierung auch die Freisinnigen eintraten, für uns? Zur Ansiedlung für deutsche Bauern ist es nicht geeignet, und wenn es landlose Bauern gibt, so zerstörte man die jüngstlichen Erforschungen in Preußen. Aber ein Krieg um Marocco wäre ein Verbrechen am deutschen Handel mit England, an der deutschen Industrie gewesen. Von den sonstigen Greueln des Krieges nicht zu reden. Riedner erläutert das Steuerprogramm der Sozialdemokratie. Ein Ende muß gemacht werden mit dem Zustand, der die Reichsteuern auf die Schultern der Armen legt, die Reichen fast frei läßt. Wie es wieder bei der letzten Finanzreform gewesen ist. Dafür bietet der hiesige Wahlkampf der Freisinnigen keine Garantie. Sie verleugnen ihr Programm, weil sie die Stimmen der Reaktionäre brauchen. Kobelt haust hier mit seiner deutschen Gesinnung und er bettelte bei den Volken, die er enttäuschte, denen er den Gebrauch ihrer Muttersprache unmöglich mache. Das ist deutsch!!! Zum Kennzeichen eines deutschen Mannes gehört auch Mut. Wo ist der bei Herrn Kobelt in der Frage des Metropoppio? Noch immer hat er sich in allen Sprachen ausgeschwieger. Mit dem Reichsverband geht der Freisinn hier Hand in Hand. Dieselben Freisinnigen terrorisieren die Bevölkerung nicht die Gewissenhaftigkeit dieser Leute, sie sind der Ansicht daß die Verurteilten mit ihrem färglichen Gehalt auch ihren Charakter an den Staat verkauft haben. Man hat auch die Krieger zusammengerufen. Dabon wird man den Leuten nicht erzählt haben, daß die Sozialdemokratien einen Ehrenpunkt von 300 Meter für die Verurteilten der Feldzüge beansprucht hatten, die übergetretenen hielten 100 Meter für ausreichend. Und wie steht es mit der Sozialdemokratie in den Kreis-Verhandlungen? 5 bis

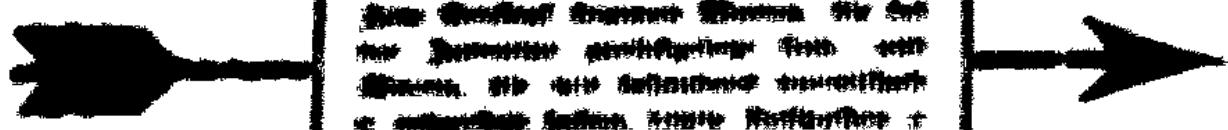








# Junventurverkauf



**Hervorragende Kaufgelegenheit**

in allen Abteilungen

## Taschentücher

|                                 |      |
|---------------------------------|------|
| ca. 2500 Stück<br>Taschentücher | 5    |
| ca. 1000 Stück<br>Taschentücher | 10   |
| Büro-<br>Berät-Taschentücher    | 18   |
| Satin-Taschentücher             | 35   |
| Linen-Taschentücher             | 75   |
| Prinz Linen-Taschentücher       | 95   |
| Weiße Taschentücher             | 1.25 |

## Baumwollwaren

|                        |    |    |    |
|------------------------|----|----|----|
| Wolltuch mit Baumwolle | 12 | 15 | 20 |
| Wolltuch mit Baumwolle | 15 | 18 | 25 |
| Wolltuch mit Baumwolle | 18 | 25 | 35 |
| Wolltuch mit Baumwolle | 25 | 35 | 55 |
| Wolltuch mit Baumwolle | 35 | 55 | 85 |

## Hemdentüche

|        |      |      |      |      |      |
|--------|------|------|------|------|------|
| Linone | 5.50 | 4.25 | 3.85 | 3.45 | 2.65 |
|--------|------|------|------|------|------|

## Handtücher

|  |                |
|--|----------------|
| Ein Dutzend Geschirrtücher zum Waschen                     | Meter 32       |
| Geschenktücher mit mit dunkler Rauten, mit farbiger Blüte  | Jugend 1.65 95 |
| Geschenktücher mit farbiger Blüte, 100 cm lang, 1/2 Meter  | 1.95           |
| Drei-Tücher  | 2.25           |
| Geschenktücher mit farbiger Blüte, 100 cm lang, 1/2 Meter  | 2.95           |
| Kaufländer ohne Blüten, 100 cm lang                        | 1.95           |
| Wohltücher farbig, grünlich und gehäkelt                   | 85             |
| Wohltücher farbig, 60 x 60 cm                              | 1.25           |
| Ein Posten Gedecke für 6 Personen, weiß, mit bunter Rauten | 2.95           |
| Tischländer weiß, halbfleinen                              | 1.65           |
| Tischländer weiß, halbfleinen, 150 cm lang                 | 1.95           |
| Servietten halbfleinen, 60 x 60 cm                         | 2.45           |
| Ein Posten Servietten halbfleinen, 60 x 60 cm              | 1.95           |

Ca. 2000 Stück

## Damen-Wäsche!

Elegante Muster und Bestposten

|   |   |       |          |
|---|---|-------|----------|
| Plantsäckchen   | gerne Größe zur Hälfte des Preises unter<br>Softe | 2.25  | 1.75     |
| Plantsäckchen u. Tüllblätter                          | gerne Größe zur Hälfte des Preises                | 3.50  | 2.75     |
| Elegante Nachthemden                                  | mit ausdrücklicher Rückwand                       | 3.50  | 2.75     |
| Weiße Unterwäsche                                     | mit farbigen Motiven                              | 6.50  | 5.50     |
| Elegante Spitzen-Unterwäsche                          | mit Reismutter-Motiv und Rosette                  | 14.50 |          |
| Elegante Kombination                                  | mit Reismutter-Motiv und Rosette                  | 14.50 |          |
| Damen-Unterwäsche                                     | mit farbigen Motiven und Rosette                  | 2.75  | 1.00     |
| Angestaubte Damen-Wäsche                              | 33% unter<br>Normal. Preismarken. Nachposten      | 3.0   | Preis!   |
| Stickereien   | 2.25  | 1.85  | 1.50     |
| Eine Dutzend Stickerei-Scheite zur Hälfte des Preises |   |       |          |
| Damen-Blusee-Schrüzen                                 | regulärer Wert 1.65 bis 1.95                      |       | jetzt 95 |
| Damen-Blusen-Nieder- u. Reform-Hänger-Schrüzen        | regulärer Wert 2.45 bis 2.95                      | jetzt | 1.75     |
| Damen-Blusen- und Directoire-Schrüzen                 | regulärer Wert 2.75 bis 4.00                      | jetzt | 2.25     |
| Farbige Damen-Tändelschrüzen m. Träger                | regulärer Wert 1.25 bis 1.65                      | jetzt | 1.25 85  |
| Tuch- und seldene Unterröcke                          | bis zur Hälfte ermäßigt!                          |       |          |

## Ca. 1000 Stück Muster-Korsetts

billigste und preiswerteste

regulärer Wert 2.95 bis 12.00

jetzt 5.50 4.50 3.50 2.95 2.25 1.75

Ein Musterkoffer (ca. 700 Stk.) einzelne Handarbeiten fabelhaft preiswert!

Ein Posten Waschröcke mit Bolant 2.75 1.75

## Ein Posten Lederwaren Reisemuster

welt unter regulären Preisen

| Damen-Handtaschen |         |         |
|-------------------|---------|---------|
| Serie 1           | Serie 2 | Serie 3 |
| 95                | 1.50    | 2.50    |

| Portemonnaies für Damen und Herren |         |         |
|------------------------------------|---------|---------|
| Serie 1                            | Serie 2 | Serie 3 |
| 45                                 | 95      | 1.45    |

|                               |    |
|-------------------------------|----|
| ca. 600 Stück Luckledergürtel | 25 |
|-------------------------------|----|

|                                    |    |
|------------------------------------|----|
| ca. 1000 Stück Fries-Gummil-Gürtel | 48 |
|------------------------------------|----|

## Gardinen, Stores, Rouleaustoffe, Teppiche, Läuferstoffe usw.

ca. 200 Paar

Brise-Bise

Paar 64 und 125

Einzelne bessere

Gardinen

ca. 125

Ein Posten

Tülldeckchen

ca. 3

32

125

3